

Ein Ja zur Steuerfussenkung bedeutet einen Sparauftrag an den Stadtrat

ARGUMENTARIUM

für eine Steuerfussenkung von 120% auf 118%

FDP
Die Liberalen
Wil

 **Jungfreisinnige**
Wil und Umgebung

FDP. Die Liberalen Wil /
Jungfreisinnige Wil und Umgebung

Am 10. März 2019 stimmen die Wilerinnen und Wiler über den Steuerfuss ab. Warum braucht es eine erneute Steuersenkung? Der Steuerfuss wurde letztes Jahr bereits von 129% auf 120% gesenkt.

Die Festlegung des Steuerfuss ist ein finanz- und wirtschaftspolitisches Instrument, welches primär zur Lenkung des städtischen Haushalts dient. Die GPK kritisierte das Budget 2019 insbesondere wegen der vielen Reserven und beantragte im Rahmen der Budgetsitzung eine moderate Steuerfussenkung von 120% auf 118%. Wir teilen diese Ansicht. Steuern auf Vorrat zu erheben, liegt nicht im Interesse der Steuerzahler. Zudem soll durch die tieferen Steuereinnahmen auch eine höhere Ausgabedisziplin erreicht werden. Es geht darum, die kontinuierlich steigenden Ausgaben zu bremsen. Natürlich gibt es dazu unterschiedliche politische Auffassungen. Wir sind aber der Meinung, dass eine Senkung des Steuerfusses durchaus angebracht ist, wenn die reduzierten Einnahmen trotzdem gute Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zulassen.

Gute Dienstleistungen, was ist damit gemeint?

Wir wollen eine schlanke Verwaltung, die dort tätig wird, wo sie für Gesellschaft und Wirtschaft einen Mehrwert generiert. Dieses Vorgehen entlastet die Steuerzahler und macht die Stadt Wil attraktiv.

Warum wurde das Ratsreferendum ergriffen? Hätte man sich nicht im Vorfeld an die Budgetdebatte absprechen können?

Das Budget 2019 wurde von Vertretern von SVP, FDP und CVP gemeinsam in mehreren Sitzungen thematisiert. Trotz intensiver Gespräche fehlten im Rat wenige Stimmen. Unsere Anträge auf Steuersenkung und Ausgabekürzungen wurden von SP, Grünen und einer Mehrheit der CVP abgelehnt. Somit blieb nur noch die Möglichkeit, mittels Ratsreferendum den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine Steuersenkung von 120 % auf 118 % zur Abstimmung vorzulegen. Ein Ja zur Steuerfussenkung bedeutet gleichzeitig auch ein Ja zu einem Sparauftrag an den Stadtrat, da diese Forderung auch die Begründung des Antrags der GPK in der Budgetdebatte war.

Bei der Abstimmung geht es um den Steuerfuss und nicht um das Budget. Es kann daher nicht von einem Sparauftrag gesprochen werden.

Was würden Sie tun, wenn Sie inmitten des Jahres feststellen, dass Ihre erwarteten Erträge bis zum Jahresende plötzlich tiefer sind als anfangs Jahr geplant? Mit Sicherheit würden Sie sich zweimal überlegen, ob Sie alle vorgesehenen Ausgaben wirklich tätigen wollen. Nichts anderes erwarten wir vom Stadtrat. Die Steuereinnahmen sind ein wichtiger Faktor des Budgets. Fallen Sie tiefer aus als erwartet, müssen bei den Ausgaben Prioritäten gesetzt werden. Es ist klar, dass gebundene Ausgaben nicht nachträglich gekürzt werden können, wenn sie einmal bewilligt wurden. Unsere Forderung nach einem höheren Kostenbewusstsein, soll langfristig wirken.

«Ein Beharren auf allen mit dem Budget verabschiedeten Auslagen wäre kritisch.»

Viele Stimmen aus der Bevölkerung fordern eine restriktivere Ausgabepolitik. Der Stadtrat sollte das nicht ignorieren. Ein Beharren auf allen mit dem Budget verabschiedeten Auslagen wäre kritisch.

Wo liegt denn das grosse Sparpotenzial bei der Stadt Wil?

Die FDP-Fraktion stellte im Parlament den Antrag die Konti «Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen», «Dienstleistungen und Honorare» sowie «baulicher und betrieblicher Unterhalt» um 10% zu kürzen. Betroffen sind hierbei unter anderem Honorare für Expertisen Dritter und auch einzelne Stellenbegehren innerhalb der Verwaltung. Auch die SVP stellte Anträge auf Kürzung bei den Stellen.

Die beantragten Stellen wurden vom Stadtparlament aber alle genehmigt.

Das bedeutet aber nicht, dass sie letzten Endes auch alle geschaffen werden müssen. Der Stadtrat hat nun die Möglichkeit selbst Prioritäten zu setzen und festzulegen, welche Stellen sofort notwendig sind und wo man unter Umständen zuwarten kann. Es ist nicht die Aufgabe des Stadtparlaments, sich zu stark in die Führungsarbeit des Stadtrats einzumischen, weshalb die Kürzungsanträge der FDP departementsübergreifend waren. Das wäre ein erster Schritt hin zu einem Globalbudget, was aus unserer Sicht sehr erstrebenswert wäre. Das Parlament gibt das Budget vor, der Stadtrat führt aus. Dieses Vorgehen wollen wir nun in einem gewissen Sinn mit der Steuersenkung erreichen. Wenn das nicht klappt, müssten wohl in einem Jahr konsequent verschiedene Einzelbeträge aus dem Budget raus.

«Ein Globalbudget wäre künftig wohl das richtige Instrument.»

Klingt das nicht etwas gar einfach?

Vergangenes Jahr warf der Stadtrat dem Parlament vor, dass Projekte nicht umgesetzt werden konnten, weil man die dazu nötigen Stellen nicht bewilligt habe. Das ist nicht in unserem Sinn. Wir wollen Projekte beschleunigen. Wir wollen aber auch Gewissheit haben, dass der Stadtrat die Steuergelder verantwortungsvoll einsetzt. Das Parlament setzt dazu das Kostendach. Nochmals: Ein Globalbudget wäre wohl das richtige Instrument.

Es stehen grosse Investitionen an und auch die Unternehmenssteuerreform wird die Stadt finanziell vor Herausforderungen stellen.

Müsste man die Steuern daher nicht erhöhen?

Zweifelsohne stehen hohe Investitionen an. Eine Folge der tiefen Realisierungsquote der letzten Jahre. Gerade deshalb, muss die Stadt verantwortungsvoller mit den Steuereinnahmen umgehen. Die Gewinne der letzten Jahre haben Begehrlichkeiten geweckt, welche sich die Stadt im Hinblick auf die anstehenden Projekte nicht leisten kann. Darum braucht es einen Kurswechsel. Sollten Anpassungen bei den Steuererträgen auf Grund hoher Investitionen dereinst notwendig sein, kann das Stadtparlament diese vornehmen. Budget und Steuerfuss werden jährlich neu festgelegt. Bevor jedoch Steuern erhöht werden, sollen die Ausgaben kritisch hinterfragt werden.

Die Steuersenkung um 2 Prozentpunkte ist für den Steuerzahler keine nennenswerte Entlastung.

Es mag sein, dass für viele Steuerzahler dieser Betrag kurzfristig gesehen eine geringe Entlastung ist. Hier geht es aber um die langfristige Entwicklung. Seit 2014 sind die städtischen Ausgaben um gut 20 % angestiegen. Die Gewinne der Stadt sind grösstenteils auf die Steuereinnahmen zurückzuführen. Die Steuersenkung soll insgesamt zu einer verbesserten Ausgabendisziplin führen und den Steuerzahler so nachhaltig entlasten.

Die Senkung des Steuerfusses hat ein weiterer Einnahmenausfall von gut CHF 1.0 Mio. zur Folge. Es resultiert daraus also ein Defizit von CHF 3.9 Mio.

Das wird keinesfalls so sein. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass das Budget der Stadt immer zu vorsichtig kalkuliert war. Stets fielen die Erträge höher als erwartet aus. Auch das Budget 2019 beinhaltet viele Reserven. Der Finanzverwalter liess anlässlich der Medienkonferenz zum Budget 2019 gar verlauten, dass das geplante Defizit von CHF 2.9 Mio. nur Theorie sei und man im Optimalfall gar mit einem Einnahmenüberschuss rechnen könne.

Könnte sich die Stadt denn ein Defizit leisten?

Die Stadt verfügt über genügend Eigenkapital, um ein Defizit in dieser Grössenordnung gar über mehrere Jahre verkraften zu können. Dies ist aber auf keinen Fall erstrebenswert. Wir erwarten, dass entsprechende Sparmassnahmen getroffen werden, um ein Defizit zu vermeiden. Das Eigenkapital soll nur eingesetzt werden, wenn es unumgänglich ist. ■